

4. Runder Tisch Europa

Dringliches Postulat Michael Zeugin (GLP, Winterthur), Davide Loss (SP, Thalwil), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti), Markus Schaaf (EVP, Zell), Markus Bischoff (AL, Zürich) vom 1. November 2021
KR-Nr. 381/2021, RRB-Nr. 1415/1. Dezember 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 1. Dezember 2021 bekannt gegeben. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Auch von meiner Seite hoffe ich, dass Sie gut ins Jahr gestartet sind, jedenfalls «es guet's Neus».

Was denken Sie: Würden Sie einem Partner, dem Sie mehr als die Hälfte Ihres Handelsvolumens verdanken, einfach die Tür vor der Nase zuschmeissen? Würden Sie, wenn Sie mit diesem Partner über die künftige Zusammenarbeit verhandeln, einfach mittendrin vom Verhandlungstisch aufstehen und davonlaufen? Vermutlich nicht, aber genau das ist passiert. Am 26. Mai 2021 ist der Bundesrat vom Verhandlungstisch mit der EU aufgestanden und davongelaufen. Und er tat dies, ohne die in der Verfassung verankerte Mitwirkung der Kantone zu berücksichtigen. Wären wir hier in einem Fussballspiel, hätte der Bundesrat die rote Karte erhalten und wäre vom Platz verwiesen worden. Die Ironie: Er war da ja gar nicht mehr auf dem Platz. Aber genau hier setzt die Verantwortung der Kantone ein. Es ist jetzt an den Kantonen und natürlich vor allem am Wirtschaftsmotor Zürich, an dieser Stelle die Verantwortung zu übernehmen.

Und was macht der Kanton Zürich? In seiner Stellungnahme zu diesem dringlichen Postulat anerkennt der Regierungsrat eigentlich alles: den verfassungswidrigen Bruch, indem der Bundesrat die Kantone vor Abbruch weder informiert noch konsultiert hat, eigentlich ein Riesenskandal, vor allem, wenn man sich der Bedeutung der Aussenbeziehung zur EU für die Schweiz bewusst ist. In seiner Stellungnahme anerkennt der Regierungsrat auch – und hier zitiere ich – dass «ein geregeltes Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU von grösster Bedeutung» ist, nur um dann in seiner Antwort wenig später auszuführen, dass eigentlich alles in bester Ordnung ist, dass der Europadialog ja quasi ein Runder Tisch sei und der Kanton Zürich mit zwei Regierungsmitgliedern in der Konferenz der Kantone aktiv ist; so quasi, als könne alles wie bisher weiterlaufen. Das wirkt irgendwie wie ein Schwank über die Hinterzimmerpolitik aus dem letzten Jahrhundert. Wenn der Bundesrat schon keine Aussenpolitik macht, dann wäre es jetzt an den Kantonen, einzuspringen und dafür zu sorgen, dass sich irgendjemand in der Schweiz um unseren künftigen Wohlstand kümmert. Mit seiner passiven Haltung hat sich der Regierungsrat selber die gelbe Karte verdient.

Wenn der Regierungsrat glaubt, es herrsche Courant normal, dann irrt er sich gewaltig. Für die EU ist hingegen ist die Situation klar, und sie hat es auch äusserst

klar formuliert: «Our Doors remain open.» Will heissen, die EU sitzt immer noch am Verhandlungstisch, um am genau gleichen Punkt mit der Schweiz weiter zu verhandeln.

Und was tut die Schweiz? Der Bundesrat macht nach wie vor keine Aussenpolitik und hat keinen Plan B in der Tasche. Jedenfalls hat er bis heute, Monate später nach diesem Eclat, nicht den Ansatz einer Alternative bekannt gegeben oder auch nur skizziert. Der Bundesrat hat die Verhandlungen abgebrochen, obwohl er weiss, dass von den über 120 Verträgen, die wir mit der EU abgeschlossen haben, einer nach dem anderen nun auslaufen und uns Probleme bereiten wird. «Horizon Europe» (*europäisches Forschungsprogramm*) kennen wir bereits, das Energieabkommen sollten Sie bald kennen. Aber was ist nun die Reaktion? Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement lässt prüfen, welche Gesetze wir einseitig an die EU-Regelung anpassen können. Wissen Sie was das bedeutet? Wir übernehmen künftig EU-Gesetze, ohne irgendwelchen verhandlungstaktischen Gegennutzen dafür zu erzielen. Ein deutlicheres Zeugnis für den Verlust der Souveränität kann man sich wohl kaum vorstellen.

Dass die Regierung des Kantons Zürich nun den Kopf in denselben Sand steckt, ist befremdend, vor allem, da er ja selber die Bedeutung für den Kanton Zürich in seiner Antwort noch unterstrichen hat. Wer glaubt, im Kanton Zürich sei eine Zukunftspolitik ohne gute, geregelte und auch stabile Beziehung zwischen der EU und der Schweiz denkbar, der irrt. Wenn Sie, meine lieben Damen und Herren Regierungsräte, die Interessen des Kantons Zürich ernst nehmen, dann sollten Sie jetzt und heute damit beginnen, sich dafür einzusetzen. Wir brauchen dringend ein Zukunftsmodell für unsere Beziehungen mit der EU. Ohne die Teilnahme am Binnenmarkt der EU wird es der Kanton Zürich in Zukunft sehr schwer haben, seine Wettbewerbsposition und damit auch seinen Wohlstand nur schon zu halten. Und für diese Binnenmarktteilnahme braucht es eben ein umfassendes Assoziationsabkommen und nicht irgendwelche einseitigen Anpassungen unserer Gesetze. Wenn der Bundesrat, meine Damen Regierungsrätinnen und Herren Regierungsräte, schon keinen Plan hat, dann stehen Sie und die Kantone jetzt in der Verantwortung. Mit diesem dringlichen Postulat fordern wir den Regierungsrat des Kantons Zürich auf, genau diese Verantwortung zu übernehmen. Machen Sie Politik für übermorgen und nicht bloss für heute. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Bereits im neuen Jahr als erstes Diskussionsgeschäft behandeln wir ein Thema, bei dem wir, die SVP, klar der Meinung sind, dass dieses nicht wirklich in den Kantonsrat Zürich hingehört. Zuständig für die Verhandlungen mit der EU ist nicht der Kanton Zürich beziehungsweise unser Regierungsrat, sondern die Regierung der ganzen Schweiz, das heisst der Bundesrat. Wir verstehen auch nicht, wieso jetzt ein Runder Tisch gefordert wird, obwohl dieser ja bereits in verschiedenen Formen besteht, Stichwort «Europa-Dialog», und der Kanton Zürich beziehungsweise unser Regierungsrat darin jeweils vertreten ist. Lesen Sie bitte dazu die Antwort des Regierungsrates.

Gleichzeitig freuen wir uns – Danke dafür –, dass wir jetzt durch die Links-Grünen und auch einige Mitteparteien eingeladen werden, zu unserem Lieblingsthema «EU-Rahmenvertrag» auch in diesem Gremium Stellung zu beziehen. Ich bitte dann einfach bereits am Anfang die gleichen Parteien, bei nächster Gelegenheit unserer Partei nicht wieder vorzuwerfen, dass wir über ein Thema, beispielsweise über eine Standesinitiative, reden, wo der Zürcher Kantonsrat nicht wirklich zuständig wäre; beim jetzigen Thema wären wir es eigentlich auch nicht.

Die Meinung der SVP zum Rahmenvertrag ist klar, und dies im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien, die nicht wirklich eine klare Meinung dazu haben. Der damals vorliegende Rahmenvertrag hatte inhaltlich absolut unakzeptable Bedingungen, wie beispielsweise fremde Richter, und diverse andere Punkte, die es unserer Meinung nach unmöglich machte, diesen jemals zu unterschreiben. Wir sind daher dem Bundesrat grundsätzlich dankbar, dass er diesen zurück an den Absender schickte und die Verhandlungen konsequenterweise abgebrochen hat. Die Schweiz hat also einen Vertrag zurückgewiesen, der mindestens teilweise unakzeptabel war und auch niemals eine Mehrheit beim Volk gefunden hätte. Die SVP, ich persönlich, wir sind sicher im Allgemeinen sehr wirtschaftsfreundlich und vertreten die Interessen der Wirtschaft mit Herzblut. Aber wir stellen die Wirtschaftsinteressen einiger Wirtschaftssparten – die EU reagiert leider trotzig und in gewissen Branchen, beispielsweise in der Medizinaltechnik, bei der Forschung und so weiter gibt es bedauerlicherweise negative Auswirkungen – nicht über die Gesamtinteressen unseres Landes und der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz. Wir hätten sehr gerne den Wahlkampf geführt, am besten mit einer Volksabstimmung kurz vor den nächsten nationalen Wahlen, und dann hätten wir schauen können, ob die «Euro-Turbos» oder die Partei, die die Gesamtinteressen der Schweiz zuvorderst stellt, die SVP, die Wahlen gewonnen hätte.

Wir können es drehen, wie wir wollen, aber einige der Parteien, die dieses Postulat eingereicht haben, sind eigentlich ein Teil des Problems; ich meine vor allem die SP und die Grünen. Sie sind das trojanische Pferd in der Schweiz, das durch ein in der Regel – es gibt einzelne Ausnahmen – unkritische und unterwürfige Einstellung, zusammen mit der positiven Haltung zu einem EU-Beitritt, die Verhandlungsposition der Schweiz direkt oder indirekt und im Voraus torpedieren und somit schwächen. Ein gutgemeinter Ratschlag an die vereinigten «EU-Turbo-Parteien»: Gehen Sie privat beispielsweise nicht in eine Verkaufsverhandlung um ein Velo – Sie sehen, ich passe mich an und rede von einem Velo –, in ein Verkaufsgespräch und sagen dem Käufer am Anfang des Gesprächs, dass das Velo rostig und alt ist, kaum noch fährt, und dass Sie daher unbedingt das Velo loswerden wollen. Wundern Sie sich dann nicht, wenn der Verkaufspreis kaum für einen grünen Salat für das nächste Mittagessen reicht. So würden die SP und die Grünen in Verhandlungen mit der EU steigen, und daher sind wir froh, sehr froh, dass wir keine links-grüne Regierung auf Bundesebene haben. Die Schweiz ist kein rostiges und altes Velo, sondern durchaus ein Rennvelo. Die EU hat auch das eine oder andere Rennvelo in ihren Reihen, aber leider auch einige Velos im Gemeinschaftsraum, die durchaus rostig und trotz jahrelangen hohen Investitionen und Transferzahlungen immer noch nicht richtig fahren. Die Schweiz ist nicht

schwach, sondern stark, und daher können und dürfen wir auch nicht zu allem Ja und Amen sagen, was die EU uns vorlegt. Wir schliessen uns dementsprechend der Meinung des Regierungsrates an. Ja, eine gute Einvernahme mit der EU ist auch für den Kanton Zürich sehr wichtig, aber lassen Sie die zuständigen Gremien arbeiten und Lösungen weiterhin beidseitige und nicht nur für die EU akzeptable Verträge und Abkommen finden. Die SVP bittet Sie, dieses dringliche Postulat nicht zu überweisen. Besten Dank.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Auch von meiner Seite «es guet's Neus» allen, wir starten ja heute auf ungewohnten politischen Flughöhen ins Jahr 2022, gewissermassen statt Entlastungsstollen und Strassenbauprogramm gibt es heute mal etwas Europapolitik. Und das ist schon richtig so, denn die Kantone sollen an der Europapolitik des Bundes und an der Aussenpolitik des Bundes insgesamt mitwirken, und deshalb darf dieses Thema auch mal im Kantonsrat zur Sprache kommen. Der Kanton Zürich hat natürlich aufgrund seiner enormen internationalen Verflechtung in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft ein bedeutendes Interesse daran, dass unsere Beziehungen zu unseren Nachbarländern und zur EU, als wichtigster institutionellen Ordnungsmacht auf dem Kontinent, in bester Art und Weise gestaltet werden. Und wir haben natürlich auch ein Interesse, an der aussenpolitischen Positionsbestimmung des Bundes mitzuwirken. Wir unterstützen deshalb auch ausdrücklich die Position des Regierungsrates, sich am Dialog von Bund und Kantonen zu Europafragen im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) aktiv zu beteiligen. Die FDP hat immer den bilateralen Weg unterstützt, sich an seiner Weiterentwicklung beteiligt und in den Abstimmungen auch immer unsere entsprechende Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

Welche Probleme sich ergeben, wenn zuverlässige Beziehungen zur EU fehlen, haben wir in den letzten Monaten erfahren, und diese Probleme werden uns voraussichtlich auch 2022 begleiten. Einige Stichworte hierzu, um das Ganze ein bisschen konkreter zu machen: im Bereich der Forschung natürlich das Problem mit Horizon Europe für die Zürcher Hochschulen und die Forschenden, die Börsenäquivalenz für die in Zürich ansässige Börse und die Finanzdienstleister oder auch beispielsweise die Probleme im Bereich des Marktzugangs für die Medizinaltechnik-Unternehmen. Wir teilen auch die Einschätzung des Regierungsrates, dass nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommen eine grundsätzliche europapolitische Diskussion notwendig ist. Die Vertragsgrundlagen bedürfen der Erneuerung. Die Umfragen zeigen übrigens auch, dass die Sicherung der Bilateralen und eine geeignete institutionelle Rahmenordnung für die Bevölkerung Priorität haben. Unser Fazit somit zum Postulat: Da der Regierungsrat in seiner Stellungnahme überzeugend darlegt, dass alles, was das Postulat fordert, bereits gemacht wird, verzichten wir auf eine Überweisung.

Die Kritik von Michael Zeugin kann ich angesichts der regierungsrätlichen Stellungnahme nicht wirklich nachvollziehen. Mir scheint, dass man da versucht, einen Skandal herbeizureden, wo es wirklich keinen gibt. Wenn ich die Stellungnahme des Regierungsrates lese, muss ich sagen, dass der Regierungsrat sich recht

deutlich geäußert hat und auch die Darstellung der nächsten Schritte, wie sie skizziert werden, für mich überzeugend ist. Eigentlich hätte man dies übrigens auch alles bereits in der NZZ vom 6. Oktober 2021 nachlesen können. Dort schrieb der Präsident der KDK, der Bündner Regierungsrat Christian Rathgeb, dass die Kantone den Entscheid des Bundesrates zum Rahmenabkommen bedauern. Er schrieb dort aber auch, dass man nun den Blick halt auf die Zukunft richten wolle. Und im Rahmen der KDK sollen die Kantone die europapolitische Strategie mitprägen und mit dem Bund mehrheitsfähige Lösungen für die Schweiz vorschlagen. Und «mehrheitsfähig» muss man in diesem Zusammenhang wohl doppelt oder sogar dreifach unterstreichen. In diesem Sinne fordern wir die Zürcher Regierung auf, sich an den Diskussionen in der KDK und mit dem Bund im Rahmen des Runden Tisches oder des Europa-Dialogs – oder wie Sie es dann immer auch benennen wollen – aktiv zu beteiligen, die Anliegen der Kantone angesichts der klaren Vorgaben der Bundesverfassung selbstbewusst zu vertreten und sich für die europapolitische Einbindung der Schweiz einzusetzen.

Ratspräsident Benno Scherrer: Das Wort hat Thomas Forrer, Erlenbach. Lieber Thomas, herzliche Gratulation zu deinem runden Geburtstag. Es ist wunderbar, dass du deinen Tag hier in unserem Kreis verbringst. (*Applaus*)

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Vielen Dank.

Als Kanton mit der mit Abstand grössten Wirtschaftsleistung in der Schweiz, als Standort von zwei Hochschulen mit internationaler Ausstrahlung, als Standort von mehreren Fachhochschulen mit weitreichenden Forschungsbeziehungen ist es nur folgerichtig, dass wir hier im Rat auch einmal deutlich machen, welches Interesse der Kanton Zürich an einer stabilen und verlässlichen Beziehung der Schweiz zur Europäischen Union hat. Mit dem für die Grünen nach wie vor sehr unverständlichen Verhandlungsabbruch zum Institutionellen Rahmenabkommen haben Aussenminister Ignazio Cassis (*Bundespräsident*) und mit ihm der Gesamtbundesrat einen Scherbenhaufen verursacht, dessen negative Folgen für den Standort Zürich immer noch kaum vollständig abzuschätzen sind. Fest steht heute aber bereits, dass die wissenschaftliche Forschung an der Universität Zürich und an der ETH, aber auch an unseren renommierten Fachhochschulen ein weiteres Mal in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Teilnahme am Horizon-Paket 2021 bis 2027 wird durch das fehlende Rahmenabkommen stark beeinträchtigt. Das europäische Programm ist das weltweit bedeutendste Förderprogramm für Forschung und die zweitwichtigste Förderquelle für Forschung in der Schweiz nach dem Nationalfonds. Gerade auch wenn wir einen Innovationspark in Dübendorf aufbauen wollen, müssen wir im Kanton Zürich ein sehr lebhaftes Interesse an guten wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union haben. Doch dem Bundesrat – man merkt es auch heute – fehlt immer noch ein echter Plan B. Umso wichtiger ist es, dass die Kantone jetzt ihre Anliegen mit Nachdruck einbringen und Druck in Bern machen, damit es betreffend EU wieder vorwärtsgeht, und das tun wir genau hier und heute.

Als Eigner der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) und als grösster Mit-eigentümer der AXPO (*Energiekonzern*) ist für den Kanton Zürich überdies auch ein Stromabkommen von grösster Bedeutung. Wir haben es von Bundesrätin Simonetta Sommaruga gehört: Das Risiko für eine schwere Strommangellage hat zugenommen. Warum? Weil das Stromabkommen seit dem Mai 2021 in weite Ferne gerückt ist. Dabei wäre ein Stromabkommen mit der EU die beste Lösung gegen Strommangellagen, nicht zuletzt, weil wir uns in einer Stresssituation dann nicht hinter die EU-Länder anstellen müssten, sondern gleichbehandelt würden. Ohne Rahmenabkommen aber bleibt die Schweiz strompolitisch eine Insel, obwohl die zuständige Stromversorgung ein Inseldasein in keiner Weise mehr toleriert. Für die Grünen ist darum klar, dass die Schweiz und die EU ihre Beziehungen im Rahmen des bilateralen Weges vertiefen müssen, auch wegen den Herausforderungen, die auf uns zukommen; ich nenne hier nur Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, Transformation hin zu einer nachhaltigen und grünen Wirtschaft über ganz Europa. Deshalb erachten wir ein Rahmenabkommen weiterhin als selbstverständlich. Und um von der EU einen besseren Schutz vor Lohndumping zu erhalten, könnten wir auch mal erwägen, ob wir ihr nicht beim Schutz gegen Steuerdumping ein bisschen entgegenkommen wollen. Wir appellieren daher an unsere Regierung, dass sie sich im Rahmen eines Round Tables oder im Rahmen des Europa-Dialogs mit dem Bund entschieden dafür einsetzt, dass in Bälde eine neue Strategie zur Vertiefung der Beziehung mit der EU entwickelt wird. Die Zürcher Wirtschaft, die Wissenschaft, aber auch das Klima, unsere Natur, wir sind alle auf stabile Beziehungen mit der EU angewiesen. Wir werden die Überweisung des Postulates unterstützen.

Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen): Was der Bund, insbesondere der Bundesrat, zur Europapolitik in den letzten Monaten, im letzten Jahr geboten hat, ist ein Trauerspiel, da stimme ich Michael Zeugin vollumfänglich zu. Wir unterstützen deshalb von SP-Seite die Forderung nach einem Runden Tisch. Zürich kommt in dieser Frage eine gewichtige Stimme zu. Abwarten kann keine Option sein. Im Verhältnis zur EU in der Wirtschaftspolitik, in der Energiepolitik und als Forschungsplatz ist Zürich von enormer Bedeutung, Thomas Forrer hat das soeben überzeugend dargelegt. Wir wollen mit einer Unterstützung des Postulates die Position des Kantons und des Regierungsrates im Dialog mit dem Bund stärken. Wir unterstützen das Postulat. Noch wichtiger aber ist uns das Postulat, das die Prüfung des Beitritts zum EWR (*Europäischer Wirtschaftsraum*) fordert, es trägt die Nummer 435/2021 und wurde am 13. Dezember 2021 eingereicht. Es ist wichtig, die Grenzen des bilateralen Weges zu akzeptieren und unsere Optionen zu erweitern. Wir werden bei der Behandlung dieses Postulates Gelegenheit haben, miteinander darüber zu diskutieren. Ja, Marcel Suter, die Schweiz ist nicht schwach, sie ist stark. Sie ist dann stark, wenn wir alle an einem Strick ziehen, und das heisst Bund und Kanton gemeinsam. Genau das aber ist Inhalt des Postulates, über das wir heute entscheiden.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Stellen Sie sich vor: Ein Sportflugzeug fliegt über den Zürichsee und plötzlich fällt der Motor aus. Das Flugzeug fängt an zu schlingern und der Pilot funkt: «Alles in Ordnung hier. Die Instrumente haben in der Vergangenheit bestens funktioniert. Und überhaupt, so schlimm ist dieser freie Fall gar nicht. Bisher ist nämlich noch gar nichts passiert.» Was ein solcher Pilot vergisst: Die Kräfte – in diesem Fall die Schwerkraft – arbeiten gegen ihn. Genau so erscheint mir die Europapolitik von Bund und Kanton in diesen Tagen. Es werden die Errungenschaften der Vergangenheit aufgezählt und wie gut das alles bisher funktioniert hat. Und dabei wird vergessen, dass wir eine neue Ausgangslage haben: Die Kräfte arbeiten gegen uns.

Es kommt einem fast so vor, als ob der Bundesrat in einer Blase lebt und nicht realisiert, dass es ausser Corona (*Covid-19-Pandemie*) noch andere grosse Herausforderungen gibt, denen wir uns stellen müssen und die es zu bewältigen gilt. Dazu gehört eben auch unser Verhältnis zu Europa. Und wer mit Europa diskutiert, will nicht automatisch der EU beitreten. Es ist richtig, dass die Gestaltung von Aussenbeziehungen Sache des Bundes ist. Es ist aber auch richtig, dass sich der Kanton Zürich hier in einer sehr aktiven Rolle einbringen muss. Denn in unserem Kanton sind fast alle Bereiche in sehr hohem Masse von guten Aussenbeziehungen abhängig: Forschung und Entwicklung, unser Gesundheitswesen, die Finanzwelt, der länderübergreifende Handel, ja, selbst die Arbeit der Polizei ist von den Aussenbeziehungen betroffen.

Die nun vorliegende Antwort des Regierungsrates ist für uns zu wenig konkret. Die EVP erwartet vom Regierungsrat, dass er nicht länger auf Vergangenes schaut, sondern sich aktiv und spürbar und konstruktiv für Lösungen engagiert. Die zwei wichtigsten Eckpunkte sind im Postulat genannt: Wir brauchen eine verlässliche und eine belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, und davon sind wir momentan weit entfernt. Wir wollen, dass dies anders wird. Die EVP wird deshalb das Postulat an den Regierungsrat überweisen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Zwei Vorbemerkungen seien erlaubt, erstens: Ich möchte keine Vergangenheitsbewältigung machen, wieso dieses Rahmenabkommen gescheitert ist, wer hier Fehler gemacht hat. Tatsache ist: Das Rahmenabkommen wurde von verschiedensten Seiten angegriffen und kritisiert und infrage gestellt, nicht nur von rechts, sondern auch von links. Tatsache ist, dass dieses Rahmenabkommen gescheitert ist, und wir müssen wirklich nicht zurückschauen, wer jetzt woran schuld ist. Zweitens: Wenn der Kantonsrat seine Kompetenzen ausweitet, kommt es meistens nicht wahnsinnig gut heraus, wenn wir Standesinitiativen machen und nach Bern schicken. Auch wenn wir hier jetzt Aussenpolitik machen, bewegen wir uns auf einem sehr dünnen Eis. Wir haben dieses Postulat trotzdem unterzeichnet, weil der Kanton Zürich und auch die Schweiz ein eminentes Interesse an einer guten Zusammenarbeit und einer Regelung der Beziehungen mit Europa haben. Mit dieser mystischen Überhöhung der Schweiz, die von einem Teil des Rates hier vorgetragen wird und mit der eine Partei seit 30 Jahren einen bemerkenswerten Höhenflug hat, mit dieser mystischen Überhöhung der Schweiz haben wir nie etwas anfangen können. Tatsache ist, dass die EU 447

Millionen Einwohner und Einwohnerinnen hat, die Schweiz 8 Millionen. Und wir sind mittendrin in diesem Europa und 60 Prozent des Aussenhandels der Schweiz geht an die EU. Man muss also nicht irgendwelche patriotischen Gefühle haben, sondern muss einfach die Realitäten anschauen. Deshalb ist es wichtig in dieser mobilen Gesellschaft – wir haben eine sehr mobile Bevölkerung, weil unsere Bevölkerung auch sehr gut ausgebildet ist –, dass diese eine verlässliche Beziehung zu Europa hat. In diesem Sinne kann ich die Ablehnung des Postulates durch den Regierungsrat beim besten Willen nicht verstehen. Es ist auch ein ziemliches Geschwurbel, diese Ablehnungsbegründung des Regierungsrates. Es geht doch schlussendlich bei diesem Postulat nur darum: Hat der Kanton Zürich Interesse an stabilen und guten Beziehungen zu Europa, ja oder nein? Und sollen sie in einem Abkommen geregelt werden? Und das wollen wir doch mit diesem Postulat sagen, nicht mehr und nicht weniger. Und wenn der Regierungsrat das ablehnt, dann sagt er indirekt: Das geht uns eigentlich gar nichts an, wir brauchen das nicht. Und da geht es, ich sage das nicht gern, aber es geht wirklich nur um Zeichensetzen. Das kritisieren wir ja immer, aber hier liegt der Regierungsrat völlig falsch, wenn er das Postulat einfach so ablehnen will. Ich bitte Sie, diesem Postulat zuzustimmen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich habe im Vorfeld dieser Debatte etwas in meinen alten Geschichtsbüchern nachgeschaut. Und irgendwie kommt es mir vor, als würde da fast eine Debatte wie in den 30er-Jahren geführt, Markus Bischoff. Sind wir ein Verein von Masochisten? Nein. Aber wenn ich einen Grünliberalen höre, welcher in zaghaften Tönen im neuen Jahr – ja, ich muss es leider so sagen, es war sehr zaghaft, was da der Fraktionschef dieser Grünliberalen vorgetragen hat – von Partnern spricht, von Partnern, welche uns ihre eigenen Gesetze aufoktroyieren wollen, uns ihre eigenen Richter aufoktroyieren wollen, dann, muss ich sagen, sind wir tief in den Sümpfen von Marignano (*Schlacht von Marignano im Jahre 1515*). Wir sind wirklich tief in den Sümpfen von Marignano angelangt mit diesem Rat. Ja, Thomas Forrer, du schüttelst deinen Kopf. Ich gratuliere dir ganz herzlich zu deinem Geburtstag und ich hätte mich an und für sich auch sehr, sehr gefreut, wenn du heute zu Hause geblieben wärest und deinen schönen Tag genossen hättest (*Heiterkeit*), anstatt hier für höhere Steuern zu plädieren, für höhere Steuern zu plädieren vonseiten der Grünen. Aber wir haben die Umfragen gesehen: Die Grünen sind auf dem absteigenden Ast und nicht auf dem aufsteigenden Ast, aber das ist ja nicht sehr nett, wenn ich das an deinem Geburtstag sage. Es ist aber so. Und wenn man dann etwas von Stromerzeugung plaudert, von Stromerzeugung, während das Nachbarland Deutschland seine ganze Stromerzeugung an die Wand fährt, die Kraftwerke abstellt, die Kernkraftwerke abstellt, die einzig mögliche Energiequelle, welche es möglich macht, dass wir genügend Energie und genügend saubere Energie haben, und dann die Grünen etwas von Stromerzeugung in dieser Diskussion erzählen, dann, muss ich Ihnen sagen, sind wir sehr tief gefallen. Und die Grünliberalen sprechen von künftigem Wohlstand. Ja, wo ist dann der künftige Wohlstand? In der EU? Dann nehmen Sie aber bitte auch das entgegen, was die EU ihren Bürgern gibt, nämlich tiefe, tiefe

Löhne und hohe Steuern. Und das wollen Sie ja nicht, oder, liebe SP? Das wollen Sie ja nicht. Sie wollen in der geschützten Werkstatt weitermachen. Das gelingt sicher nicht mit so einer Koalition, wie wir sie hier drin haben, mit so einer linken Koalition, welche mehr Staat, weniger Energie und höhere Steuern will. Und dafür haben Sie vorher plädiert, geschätzte Linke. Ich weiss, Sie haben die Mehrheit hier drin, aber nach den nächsten Wahlen nicht mehr. Deshalb hören Sie doch auf mit solchen Vorstössen. Die gleichen Leute, Thomas Forrer, die noch im letzten Jahr im Dezember uns hier vorgeworfen haben, wir würden Standesinitiativen machen, welche nichts zu tun hätten mit dem Kanton Zürich, die gleichen Leute wollen jetzt ein Geschäft, das den Bund betrifft und nicht die Kantone – und wenn die Kantone, dann in der Vereinigung der entsprechenden Kantonsregierungen, dieser K...irgendetwas (*gemeint ist die Konferenz der Kantonsregierungen*), da sind sie am richtigen Ort, aber sicher nicht mit einem weiteren Runden Blabla-Tisch. Was zu den Bilateralen gesagt wurde, da stehe ich persönlich dahinter, ja, es braucht Bilaterale, es sind unsere Nachbarn, die EU-Länder, und wir müssen mit diesen kutschieren, aber wir sollen doch bitte etwas mehr Eigenvertrauen und etwas mehr Zivilcourage haben und hier nicht hinstehen und sagen, wo es uns allen schlecht geht und wo uns die EU alles wehtut. Gehen Sie so in eine Diskussion, Herr Fraktionspräsident der GLP? Also da ist die Partei wirklich noch sehr jung, wenn sie so plädiert. Hören Sie auf und lehnen Sie das ab. Leider werden Sie es annehmen und dann gibt es nachher einen weiteren Debattierklub.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich bin dafür, das Postulat nicht zu überweisen. Es ist schlicht und einfach überflüssig und unnötig. Der Kanton Zürich und die Schweiz haben seit vielen, vielen Jahrzehnten mit den Ländern, die heute die EU bilden, Handelsbeziehungen, andere Beziehungen, Forschungsbeziehungen und so weiter. Seit 1972 – und das ist ein ganz wesentlicher Pfeiler – gibt es das Freihandelsabkommen mit der damals Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, heute EU. Das Freihandelsabkommen bewährt sich hervorragend, nicht nur für die Schweiz. Das Freihandelsabkommen ist eine Grundlage für die EU und für die Schweiz, sehr viel Positives daraus zu ziehen, sehr viel Vorteile daraus zu ziehen. Wir haben nach der Ablehnung des EWR viele, viele bilaterale Verträge geschaffen – mit der EU zusammen –, die sich zu einem guten Teil positiv auswirken und entwickeln. Dann kam der Gedanke, wir müssten etwas Neues machen, wir müssten unbedingt alles unter ein Dach tun, und die EU bot uns den Ukraine-Moldawien-Vertrag an. Wenn ihr das Internet bedienen könnt, könnt ihr nachsehen im Ukraine-Vertrag, im Moldawien-Vertrag, im Georgien-Vertrag und so weiter: Die EU hat all denjenigen Ländern, denen sie etwas Demokratie bringen wollte, den gleichen Vertrag angeboten, mit dem gleichen Pseudo-Schiedsgericht. Es ist der gleiche Vertrag, den die EU uns auch angeboten hat. Und jetzt wird gesagt: Weil dieser Vertrag wegfalle, weil wir nicht den Anschluss wollen, weil wir uns nicht auf einen Verzicht auf die Souveränität einigen wollen, weil wir auch sonst einiges in diesem Vertrag nicht wollen, was auch von links angegriffen wird, zu Recht angegriffen wird, deshalb sei nun alles im Eimer. Ja, wer sagt denn, dass alles im Eimer ist? Das ist ein völliger Blödsinn. Niemand

will das Freihandelsabkommen stürzen. Nur kommt jetzt plötzlich die Forderung, wir sollten für den freien Handel Milliarden im Jahr bezahlen, nachdem der seit 1972 sehr gut für beide Seiten läuft. Ich verstehe nicht ganz, warum sich die Postulanten hier für solches einsetzen wollen. Wir haben hervorragende Universitäten, international anerkannt. Diese sind in den Spitzengruppen der Forschung, und das sind sie unabhängig von irgendeinem EU-Programm, sie sind das in Zusammenarbeit auch mit US-Universitäten, mit asiatischen Universitäten und so weiter. Und auch eine deutsche Universität gibt nicht einfach jede Zusammenarbeit auf, weil der Rahmenvertrag nicht zusätzlich unterschrieben wurde. Der Rahmenvertrag wäre eine zusätzliche Zusammenfassung gewesen und nicht etwas, das jetzt jeder Beziehung zur EU den Boden entzieht.

Es ist auch selbstverständlich, dass natürlich der Kanton Zürich eine Stimme hat, auch beim Bund, für die Fragen der Zusammenarbeit mit der EU. Die wird auch gehört. Aber ein solcher Runder Tisch der Anschlussbefürworter, der hier gefordert wird, ist schlicht und einfach überflüssig. Die Schweiz kann selbstständig bleiben. Die Schweiz kann souverän bleiben. Die Schweiz kann eigenes Recht haben, wobei sie sich in vielen Punkten selbstverständlich ansehen soll, ob man sinnvollerweise eine Rechtsvereinheitlichung schafft. Die Schweiz ist als selbstständiger Staat lebensfähig und hat auch nach der Ablehnung des EWR bewiesen, dass es ihr besser ging als ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Es geht bei diesem Postulat um das Verhältnis mit der EU. Herr Zeugin hat gesagt, der Bundesrat habe fälschlicherweise die Tür zugeschlagen. Nein, der Bundesrat hat seine Verantwortung wahrgenommen. Der Bundesrat hat im Sinne der schweizerischen Bevölkerung entschieden. Es ist richtig, dass er den Verhandlungstisch konsequenterweise verliess, weil die Diskussionen nicht partnerschaftlich geführt wurden. Das ist das zentrale Element: Das Verhältnis Schweiz–EU ist nicht partnerschaftlich geprägt. Und auf dieser Basis sind keine sinnvollen Verhandlungen möglich. Die EU handelt mit der Arroganz der Macht. Und hier ist es wichtig, dass man die gelbe Karte zückt und der EU sagt, wo die Grenzen liegen. Es geht bei diesem Verhältnis darum, dass wir ein respektvolles Verhältnis mit der EU wollen, und die Schweiz ist sich der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der EU bewusst. Das zeugt ja auch davon, dass die Schweiz bereit ist, die Kohäsionsmilliarden zu zahlen. Die Beträge wurden sogar erhöht. Die Schweiz ist also auch ein Nettozahler in der EU. Aber wenn kein Respekt in den Verhandlungen gezeigt wird, dann muss der Bundesrat selbstverständlich handeln, und zwar im Interesse der Schweiz. Darum: Sagen Sie Nein zur Unterwürfigkeit der Schweiz gegenüber der EU. Sagen Sie Nein zu Partnern, die nicht respektvoll mit der Schweiz verhandeln wollen. Und sagen Sie als Konsequenz auch Nein zu diesem Postulat. Danke vielmals.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Wenn Sie hier drin als Zürcher Kantonsrat schon den Bundesrat kritisieren, dann sollten Sie wissen, was Sie tun, ebenso, wenn Sie den Regierungsrat kritisieren, falls er einen Entscheid des Bundesrates nachher nicht selber umsetzen sollte oder etwas tut in dieser Sache. Sie haben,

erstens, die Ebene verfehlt. Zweitens: Wenn ich sage, Sie sollten wissen, was Sie tun, dann müssen Sie auch das Institutionelle Abkommen, um das es dabei geht, etwas anschauen. Wissen Sie, was die Hauptsache, das Hauptinteresse bei diesem Abkommen war, ganz sachlich und nicht irgendwie emotional? Die EU entwickelt sich. Die Staaten zwischen der EU entwickeln ihre Rechte weiter. Und das geht in der EU automatisch, denn die Staaten handeln miteinander, das ist der Binnenmarkt. Wenn sich der Binnenmarkt entwickelt, ist es mühsam für die EU, das ist völlig klar, wenn andere Binnenmarktteilnehmer wie die Schweiz mit den Bilateralen Verträgen ihre Rechte entsprechend nicht anpassen. Deshalb ist es völlig verständlich, dass die EU möchte, dass sich diese Rechte automatisch anpassen. Wenn sich der Binnenmarkt entwickelt, müssen auch die bilateralen Staaten diese Rechte nachvollziehen, damit sie wieder kompatibel mit dem Binnenmarkt sind. Deshalb war die automatische Rechtsübernahme in diesen Abkommen, in den Institutionellen Abkommen, ein wesentlicher Punkt, und das blieb bis zum Schluss drin, dass es automatisch geht, dass am Schluss ein europäisches Gericht zuständig ist, falls die Schweiz zum Beispiel das Recht dann nicht nachvollziehen möchte. Das ist verständlich aus Sicht der EU. Ebenso verständlich ist es aus Sicht der Schweiz, dass wir unsere demokratischen Instrumente mit den Volksrechten wahren wollen. Wir möchten abstimmen über unsere Rechte, über jeden einzelnen Rechtsvollzug, und da kann auch ein anderer Entscheid, als er in der EU gefällt worden ist, herauskommen. Und dann funktioniert das nicht, dann haben wir das Recht nicht automatisch nachvollzogen. Und die Grünen, die waren mit der SVP zum grossen Teil noch gegen den EWR, genau aus diesem Grund. Und heute sagen Sie, ja, es ist die Tragik. Die Schweiz hat eine Verhandlung abgebrochen, die hier einen automatischen Rechtsvollzug nach sich gezogen hätte. Völlig undemokratisch wäre das für die Schweiz gewesen, wir hätten Volksrechte eingebüsst. Daher ist es gut, dass diese Verhandlungen abgebrochen worden sind, und es ist nun Sache des Bundesrates, die Verhandlungen auf eine neue Basis zu stellen. Da kann es nicht sein, dass hier der Zürcher Regierungsrat oder das Kantonsparlament auch Schritte unternehmen. Alle sind interessiert an einem guten Verhältnis zur EU, das ist auch nicht gefährdet, aber nicht mit dem Bilateralen Abkommen und nicht mit den Institutionellen Abkommen. Denn die sind einfach inkompatibel zu unseren Volksrechten und daran hat sich auch in den ganzen Verhandlungen bis zum Schluss nie etwas geändert gehabt. Herzlichen Dank.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich erlaube mir noch eine kurze Replik: Herr Amrein und Herr Landmann, Sie haben ja die Volksrechte und die Souveränität der Schweiz relativ hochgestellt, das mache ich selbstverständlich auch. Ich mache es auch, wenn ich die Verfassung der Schweiz lese. Und in dieser Verfassung steht nun einfach mal, dass die Kantone an der Mitwirkung der Aussenpolitik beteiligt sind. Und Sie können es wirklich nicht wegdiskutieren, die Bundesregierung hat das schlichtweg nicht gemacht. Wir haben diese Aussage mehrfach, dass die Mitwirkung nicht eingehalten wurde. Wir haben es hier also eigentlich mit einem verfassungswidrigen Akt des Bundesrates zu tun. Jetzt kennen wir kein Verfassungsgericht, deshalb: Was ist der nächste Schritt?

Der nächste Schritt in der Schweiz ist relativ klar, es braucht politischen Druck. Und diesen politischen Druck müssen in diesem Fall, weil die Rechte der Kantone beschnitten wurden, selbstverständlich die Kantone einfordern und sie müssen es auch laut einfordern. Das ist eine Botschaft, die hoffentlich an unsere Regierung geht.

Wenn Sie, Herr Hans Egli, nun einfach sagen, es sei die Arroganz des Verhandels, dann ist es einfach so, wenn Sie die Position der Schweiz betrachten: 56 Prozent unseres Aussenhandels betreiben wir mit der EU. Jetzt können Sie sich ja irgendwie eine alternative Welt vorstellen. Die zweitstärkste Handelsdestination sind die Vereinigten Staaten mit 13 Prozent. Ich glaube, dieser Dreisatz ist relativ einfach, das ist um ein X-faches kleiner. Ich glaube, es ist einfach keine Alternative für die Zukunft der Schweiz denkbar ohne ein klares und gutes Verhältnis mit der EU.

Und liebe Vertreter der SVP, Sie haben das schon richtig erwähnt, dass selbstverständlich gewisse Konditionen bezüglich der Verhandlungselemente gemacht werden. Aber schauen Sie jetzt doch bitte mal hin, dass das Justiz- und Polizeidepartement macht: Es passt einfach alle Gesetze an EU-Recht an, die es irgendwie anpassen kann. Also sprechen Sie nicht von fremden Richtern, wenn es in der Schweiz eigentlich gar keine Parlamente mehr gibt, die ihre Arbeit machen können, damit wir aufgrund der Handelsinteressen einfach unsere Gesetze anpassen. Das kann doch schlicht nicht der Weg sein, den wir uns vorstellen. Und achten Sie darauf bei der Europäischen Union: Es ging beim Institutionellen Abkommen nicht um einen Beitritt, sondern es ging um die Teilnahme am Binnenmarkt. Die EU selber geht natürlich noch viel weiter als einfach nur ein Handelsverbund, das ist völlig klar. Auch für uns ist das der Fall. Können Sie sich irgendeine Sicherheitspolitik vorstellen, ohne das irgendwie zusammen mit der EU zu machen? Also ich weiss nicht, in welchem Bereich Sie Politik machen wollen – auch im Kanton Zürich – in den nächsten Jahrzehnten? Das geht nun einfach nicht. Und genau aus diesem Grund braucht es eine Klärung, und es braucht eine rasche Klärung und es braucht eine klare Position der Kantone, die ihre Interessen wahrnehmen und die dem Bundesrat auch klarmachen, dass so ein Akt, der der Bundesverfassung widerspricht, in Zukunft nicht mehr vorkommen darf. Denn diesen Scherbenhaufen, den wir jetzt haben, den hat sich wohl wirklich niemand gewünscht.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos) spricht zum zweiten Mal: Zu meinem Vorredner Michael Zeugin, er spricht von einem verfassungswidrigen Akt des Bundesrates: Ich habe heute noch nicht gehört, was verfassungswidrig sein soll in den Verhandlungen des Bundesrates mit der EU. Und ich glaube, wir sollten uns auch einmal im Klaren sein, wenn das Parlament von Zürich respektive die momentan das Parlament kontrollierende Mehrheit der Linken und der Kommunisten und Sozialisten (Heiterkeit) – ja, es ist so, da müssen Sie nicht lachen, es ist so, und die Grünen haben es ja jetzt auch wieder gezeigt, sie wollen höhere Steuern, ich hoffe, die Bevölkerung hört dies für die nächsten Wahlen, die Grünen wollen höhere Steuern –, wenn die Mehrheit dieses Parlaments von einem

verfassungswidrigen Akt spricht, dann müssen Sie ziemlich sicher sein, dass der Anti-Zürich-Reflex aus Bern sehr schnell kommt. Das ist ungeschickt, Michael Zeugin, noch einmal: Es ist höchst ungeschickt, wie hier heute Morgen vonseiten der Linken plädiert wurde, tief in den Sümpfen von Marignano und klagend, wie es uns schlecht geht wegen der Behandlung durch die EU, weil wir nicht der EU unterkriechen. Und wir kriechen der EU nicht unter, die Mehrheit des Volkes kriecht der EU nicht unter, aber die Mehrheit der hier im Rat Vertretenen tut dies scheinbar. Aber denken Sie einfach zurück an die 30er-Jahre und gewisse Voten, die auch schon in diesen Räten gehalten wurden, und das kam auch nicht gut.

René Isler (SVP, Winterthur): Dieses Postulat kann man jetzt gut finden oder nicht, es ist definitiv – wir haben es gehört – einfach auf der falschen Flughöhe. Ich habe extra nochmals nachgeschaut, das gesamte EU-Dossier ist beim Bundesrat angesiedelt, nicht beim Parlament in Bern, sondern das ist reine Aufgabe des Bundesrates. Der Bundesrat entscheidet und gibt es hinunter auf den National- und den Ständerat, und damit ist fertig. Wir haben zwar in Bern noch das Haus der Demokratie oder das Haus der Kantone, da kann man sich auch etwas einbringen, aber wir machen das auf der völlig falschen Flughöhe, auf der absolut falschen Flughöhe. Sie haben es uns noch im Dezember – wir haben es auch gehört – um die Ohren gehauen, das sollte auch der Sprecher der GLP wissen. Sie haben ja auch Ihre Vertreterinnen und Vertreter in Bern, bringen Sie es doch dort vor. Machen Sie einen Vorstoss, damit die Kantone sich in dieses EU-Dossier einbringen können. Das wäre eine andere Lösung, aber dieses Postulat bringt rein gar nichts. Wir reden ein bisschen darüber und am Ende des Tages können wir dann sagen: Schön, haben wir darüber gesprochen.

Und zum Schluss noch eines: Es ist ja nicht nur so, dass die Schweiz von der EU profitiert, Sie wissen es, das muss ich Ihnen eigentlich gar nicht mehr gross erzählen. Die Schweiz ist der viertgrösste Handelspartner der EU. Wir geben weit über 100 Milliarden aus und kaufen Produkte aus der EU, und das ohne dass uns die EZB (*Europäische Zentralbank*) noch hunderte von Milliarden zuschiessen muss, Kredite geben muss, damit wir unsere eigenen Produkte wieder kaufen können. Also die EU ist unglaublich an einem guten Handelsabkommen mit der Schweiz interessiert, weil wir auf der ganzen Welt der viertwichtigste Handelspartner sind. Darum sollten wir eigentlich unsere Kräfte bündeln, oder unsere Vertreterinnen und Vertreter über alle Parteien hinweg müssten mal einen Schulterchluss machen und eine gute Basis aushandeln, aber in Bundesbern und nicht hier. Hier sitzen wir irgendwann im Kreis herum und halten uns die Händli bei Kaffee und Gipfeli, streichen uns zusätzlich Sitzungsgelder ein – und das war es, Punkt, aus, Amen. Wir können da machen, was wir wollen. Aber ich finde es gut, dass wir darüber diskutieren, denn es gibt noch viel schlimmere politische Anliegen von der links-grünen Seite, und solange wir über so einen Unsinn wie jetzt diesen hier reden, reden wir nicht über etwas, was für unsere Bürgerinnen und Bürger im Kanton Zürich viel schlechter wäre. Also lehnen Sie dieses Postulat ab, aber ich kann es Ihnen nicht verübeln, wenn Sie es annehmen. Denn dann reden wir ein bisschen über den Kaffeesatz, und das war's dann.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Ich kann hier leider nicht in die Schalmeienklänge zur Wehrkraft der Schweizer Eidgenossen einstimmen. Diese Zeiten sind definitiv vorbei. Und auch diese Wortmeldungen bezüglich Unsinn und die Verirrungen in die 30er-Jahre – es ist irgendwie absolut unverständlich, was hier geschieht. Es geht hier darum, dass wir den Kanton auffordern, das Gespräch auf Bundesebene insbesondere mit der EU wieder zu forcieren. Und es geht hier ja nicht um irgendwelche theoretischen und abstrusen Diskussionen, es geht hier um handfeste Interessen der Schweiz. Ich erinnere Sie an die technischen Handelshemmnisse, daran, dass das Abkommen mit der EU, das die Medizinaltechnik-Branche betrifft, per Anfang dieses Jahres nicht mehr in Kraft ist. Das heisst, dass erhebliche zusätzliche Hemmnisse auf beiden Seiten entstanden sind. Es ist so, dass in der Schweiz nicht mehr alle medizinischen technischen Hilfsmittel zur Verfügung stehen, weil sie nicht mehr oder viel komplizierter in die Schweiz importiert werden können. Und genau das Gleiche gilt für den Export. Schweizer Unternehmen sind aktuell gegenüber der europäischen Konkurrenz benachteiligt, wenn es darum geht, ihre Produkte zu vermarkten und zu verkaufen und zu liefern. Ich bitte Sie also, es geht hier nicht einfach nur um irgendwelche politische Schwadroniererei, es geht hier um handfeste Interessen beiderseits, und jetzt bei der Medizinaltechnik-Branche natürlich insbesondere auch, wenn es um die medizinische Versorgung der Schweiz geht.

Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr: Auch von meiner Seite meine besten Wünsche fürs kommende Jahr. Es ist sicher eine wichtige Debatte, mit der Sie dieses politische Jahr im Kanton einläuten.

Das Verhältnis zur EU prägt den Kanton Zürich, den internationalen Kanton Zürich, sehr stark. Es wurde in verschiedenen Voten erwähnt, was im Vordergrund steht. Letztlich sind es alle Bereiche unseres Handelns und unseres Wirtschaftens und unseres Bildens, die vom Verhältnis zur EU geprägt sind. Es ist aber nicht so, dass der Bund auf die Mitwirkung der Kantone bei der bisherigen Europapolitik verzichtet hätte, er hat einfach anders entschieden, als die Kantone ihm empfohlen haben. Die KDK als quasi institutionelles Gremium der Kantone war für eine Weiterführung der Verhandlungen. Der Bundesrat hat im Wissen um diese Position, auch im Wissen um die Position der aussenpolitischen Kommissionen (*der eidgenössischen Räten*) anders entschieden; das ist letztlich Politik, bedeutet aber nicht, dass die Kantone bisher nicht mitgewirkt hätten.

Die Vergangenheit ist Vergangenheit, der Regierungsrat schaut nach vorne. Ich habe gesagt, dass das Verhältnis zur EU den Kanton Zürich sehr stark prägt. Weshalb lehnt dann der Regierungsrat jetzt dieses Postulat ab? Nun, weil das, was Sie jetzt mehrheitlich debattiert haben, nicht das ist, was Sie mit dem Postulat fordern. Sie fordern mit dem Postulat, dass der Kanton Zürich bei der Konferenz der Kantone einen Runden Tisch zwischen dem Bund und den Kantonen zum Thema, dass eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu initiieren sei. Diesen Runden Tisch gibt es. Es gibt den Europa-Dialog,

die Sprechende ist dort vertreten, ich nehme alle zwei Monate an den entsprechenden Sitzungen teil. Wir gestalten dort die Europapolitik gemeinsam mit dem Bund. Die Kantone sind nicht immer gleicher Meinung wie der Bund, aber sie vertreten – und ich bin dort anwesend – die Position der Kantone, diese Position, die ihrerseits wieder durch die einzelnen Kantone aufgearbeitet und konsolidiert wird. Die KDK hat in der Zwischenzeit nach Abbruch der Verhandlungen ein zweites Gremium installiert, die Europa-Kommission der KDK, auch dort ist die Sprechende vertreten. Wir hatten letzte Woche die erste Sitzung in dieser Kommission. Dort geht es darum, dass noch einmal von unten, also von der konkreten Politik her, die Positionen der Kantone geschärft, aufgearbeitet und in eine strategische Position entwickelt werden. Auch dieses Gremium gibt es, es tagt, es ist am Arbeiten. Ob es nebst dem Europa-Dialog, wo Kantone und Bund miteinander, und der Europa-Kommission, wo die Kantone untereinander diskutieren nochmals ein Gremium braucht, da habe ich meine Zweifel. Und der Regierungsrat fasst diese Zweifel in eine Ablehnung des Postulates. Das hat nichts damit zu tun, dass wir nicht der Meinung sind, dass diese Debatte wichtig ist und dass diese Debatte geführt werden muss und dass sie insbesondere für den Kanton Zürich wichtig ist, das haben Sie ausgeführt. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat nach Abbruch der Verhandlungen auch kantonsintern eine entsprechende Arbeitsgruppe initiiert, damit wir auch kantonsintern, auch wieder von den konkreten Fragen her, unsere Position des Kantons Zürich nochmals aufarbeiten und aktualisieren, damit wir eine aktualisierte Positionierung in all diesen Gremien einbringen können. Wir nehmen diese Frage sehr ernst, denn sie betrifft den Kanton Zürich sehr direkt. Aber das, was Sie im Postulat fordern, das ist erfüllt. Wir werden Ihnen im Postulatsbericht in einem Jahr auch nichts anderes sagen, als dass es erfüllt ist. Die Diskussion war wichtig, das Postulat zu überweisen, ist aber nicht nötig.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 73 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das dringliche Postulat KR-Nr. 381/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.